

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 14

Charlottenburg, Freitag, den 8. April 1910

Jahrg. 37

Sperren

Vollsperrungen in Deutschland: Colditz (A.-G.)
Glag (Kachwalzky). Ilmenau (Schumann & Klett).
König (Rödel & Mezel). Mannheim. Meissen.
Ottendorf-Drilla (August Waltherr). Weißwasser
(August Schweig & Co.) Unterhaus (Rödel & Mezel).

Halbsperrungen in Deutschland: Alexandrintal
(Rechnagel). Altmasser (C. Tielch & Co.) Bonn (Mehlem).
Cortendorf. Flörsheim a. M. Gräfenroda (Heene, Eckert &
Menz). Königszelt. Langewiesen (Schlegelmilch). Neu-
haldensleben (Hubbe). Oeslau. Passau. Reichenbach (Schwabe).
Rudolstadt (Schäfer & Vater). Schaala. Schlierbach. Selb
(L. Gutschenreuther inkl. Firma Jäger & Werner). Sörnwitz.
Stanowitz. Tettau. Triptis.

Sperren in Oesterreich: Brüz (Steingutfabrik
von Karl Spiz). Frainersdorf (P. A. Wranitzky).
Laun (B. Bermann). Sujan-Podol (Rydl & Thon).
Znaim (Gebr. Lichtenstern).

Der bevorstehende Kampf im Baugewerbe.

Im Baugewerbe scheint der Riesenkampf unausbleiblich. Die am 22. März in Dresden abgehaltene dritte außerordentliche Hauptversammlung des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe hat sich für den Kampf entschieden. Die Versammlung hat eine Resolution angenommen, in welcher es heißt:

„Die dritte außerordentliche Hauptversammlung des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe verlangt, daß die Ende März d. J. abgelaufenen Tarifverträge mit den Arbeitnehmerorganisationen unter Zugrundelegung eines Tarifvertragsmusters erneuert werden, die folgende Bedingungen zu enthalten hätten:
1. Der Abschluß soll zentral erfolgen. Die vorherigen Vereinbarungen der speziellen Arbeitsbedingungen sollen nach wie vor diesen Arbeitgeberverbänden und den in Betracht kommenden Zweigverbänden der Arbeitnehmer überlassen bleiben. 2. Die Möglichkeit, die für die einzelnen Verbände geeigneten Lohnmethoden zu vereinbaren, soll durch das Vertragsmuster gesichert werden. Eine Reduzierung der Lohnhöhe ist nicht beabsichtigt. 3. Die Akkordarbeit soll nicht nur als zweckmäßig erklärt, sondern ihre Durchführung auch im Vertrage gesichert werden. 4. Durch eine besondere Erklärung außerhalb des Vertrages soll eine Sicherung der Arbeitsnachweise insofern festgelegt werden, daß diese von den Arbeiterorganisationen in keiner Weise gestört werden dürfen. 5. Eine geringere als dreijährige Vertragsdauer soll ausgeschlossen sein.“

Dieser Beschluß soll den Zentralverbänden als entscheidende Entschließung des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe mitgeteilt werden. — Die heutige Versammlung erwartet gemäß den in Berlin mit den Arbeitgebervertretern getroffenen Vereinbarungen die Antwort der Arbeitnehmerorganisationen bis spätestens den 1. April und erklärt sich mit der Verlängerung der jetzt bestehenden Verträge bis längstens 14. April einverstanden.“

Der Sinn der Resolution ist für jedermann klar. Die Unternehmer halten die Zeit für die große Kraftprobe mit den

Arbeiterorganisationen für gekommen; sie hoffen, diese im ersten Ansturm überrennen zu können. In Publikationen, die von den Unternehmern ausgehen, wird die Zahl der bei dem bevorstehenden Kampf in Mitleidenschaft gezogenen Arbeiter auf 317 000 geschätzt, die in 21 000 Baugeschäften arbeiten. Die Herren haben sich auch bereits ein glattes Rechenexempel aufgemacht. Die beteiligten Organisationen haben zusammen etwa 7 Millionen Mark Vermögen. Bei 20 Mt. Streikunterstützung ist dieses Vermögen in einer Woche aufgebraucht, und die Arbeiter müssen dann notgedrungen zu Kreuze kriechen. Wenn die Scharfmacher im Baugewerbe die praktische Probe auf ihr Exempel machen und am 14. April mit der Aussperrung beginnen, dann werden sie finden, daß die Rechnung doch nicht so glatt aufgeht, wie sie sich das vorstellen.

Aber gleichviel, ob der Kampf den von den Unternehmern erwarteten Umfang annimmt oder ob sich nur ein Teil der Bauunternehmer zur Aussperrung entschließt, der Kampf wird für alle Fälle riesigen Umfang annehmen und das gesamte Wirtschaftsleben auf das tiefste erschüttern. Die Arbeiter sind durch die Drohungen und Prahlereien der Unternehmer keineswegs eingeschüchtert; sie haben die Entwicklung der Dinge voraus gesehen und sich auf einen hartnäckigen Kampf eingerichtet. Mancherorts haben sie auch nicht übel Lust, der Ungewißheit ein Ende zu machen und ihrerseits zum Angriff überzugehen. Der Vorstand des Zimmererverbandes warnt vor solchen übereilten Schritten. Er empfiehlt den Mitgliedern in einer Bekanntmachung im Verbandsorgan, ruhig abzuwarten, ob der Arbeitgeberbund tatsächlich zur Aussperrung übergeht, und erklärt es als Aufgabe der Arbeiter, dafür zu sorgen, daß ihrerseits den Unternehmern irgendeine Veranlassung zu einer allgemeinen Aussperrung nicht gegeben wird. Vorläufig wird der Verband Angriffstreiks nicht unterstützen. Am 4. April findet in Berlin eine außerordentliche Generalversammlung des Zimmererverbandes statt, in welcher die weiteren Richtlinien beschlossen werden.

Die Bedeutung des bevorstehenden Kampfes für das gesamte Wirtschaftsleben macht es begreiflich, daß die Tagespresse aller Schattierungen den Vorgängen im Baugewerbe die größte Aufmerksamkeit schenkt. Daß es, wenn die Aussperrung erfolgt, nicht so glatt abgehen wird, wie es die Scharfmacher glauben zu machen suchen, ist für jeden Einsichtigen klar. Der Kampf wird ein hartnäckiger werden, und seine Wirkungen werden sich weit über den Kreis der direkt Beteiligten hinaus fühlbar machen. Alle Berufe, die mit dem Baugewerbe direkt oder indirekt in Verbindung stehen, werden die Folgen des Kampfes zu verspüren bekommen, und auch die in der Holzindustrie vertretenen Bauberufe werden ernstlich in Mitleidenschaft gezogen werden. Die Gefahren des kommenden Kampfes sind nicht zu unterschätzen. Die Scharfmacher im Baugewerbe verfügen über bedeutende Machtmittel, die sie gewohnt sind, rücksichtslos zur Anwendung zu bringen. Viele Unternehmer, zum mindesten die großen unter ihnen, haben sich ihren Kunden gegenüber durch die Streik Klausel geschützt und diejenigen Unternehmer, welche sich an der Aussperrung nicht beteiligen wollen, dürften durch das Mittel der Materialsperrung genötigt werden, sich dem Willen der Drahtzieher zu unterwerfen, wenn es auch manchem von ihnen die wirtschaftliche Existenz kosten wird.

Es ist eine altbekannte Erscheinung, daß dieselben Kreise, die sich über angebliche terroristische Akte der Arbeiter nicht genug entrüsten können, in der Wahl ihrer Kampfmittel

durchaus nicht wählerisch sind. Sie können das auch umso leichter, als sie wissen, daß die Staatsgewalt wohlwollend über Gesetzesverletzungen hinweg sieht, wenn es gilt, die Arbeiter und ihre Organisationen zu schädigen. Die „Soziale Praxis“ gibt sich immer noch der Hoffnung hin, daß es ihr gelingen könnte, die Regierung zu veranlassen, sich zur Vermittlung zwischen den Parteien anzubieten. Sie erinnert daran, daß sowohl der preussische Handelsminister bei der Beratung des Zechenarbeitsnachweises, wie der Staatssekretär des Innern bei den Reichstagsverhandlungen über Tarifverträge und Arbeitskammern ausdrücklich ihre Bereitschaft erklärt haben, als Vermittler in sozialen Kämpfen den Parteien jederzeit gern die Hand zu reichen. Das Blatt schiebt dem Staatssekretär des Innern die Pflicht zu, von sich aus, ohne daß er von einer Partei angerufen wäre, was bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge auch von keiner Seite erwartet werden darf, die Vermittlerrolle zu übernehmen. Der Artikel schließt: „Noch ist es Zeit, den Kampf überhaupt zu verhindern. Möge nun der Staatssekretär seine fördernde Hand den Friedensbestrebungen rechtzeitig leihen!“

Dieser Appell an die Regierung, wird allem Anschein nach ungehört verhallen. Und bei der eigenartigen Auffassung von den sozialpolitischen Pflichten, die der Staatssekretär schon wiederholt betätigt hat, kann man seine Zurückhaltung, trotz Anerkennung der Berechtigung der von der „Sozialen Praxis“ aufgestellten Forderung, kaum bedauern. Die Arbeiter hätten allen Grund, die Objektivität des Staatssekretärs zu bezweifeln. Wird die Riesenaußspernung, was nun wohl kaum zu vermeiden sein wird, perfekt, dann werden sich die Bauarbeiter zunächst auf die eigene Kraft und in zweiter Linie auf die Solidarität der Arbeiterschaft in ganz Deutschland verlassen können. Diese Solidarität hat sich schon oft betätigt und wird sie auch diesmal nicht versagen. Ist doch schließlich die gesamte Arbeiterschaft daran interessiert, daß dem Uebermut der Bauprophen ein Dämpfer aufgesetzt wird.

Ein Massenstreik in Philadelphia.

Der Tagespresse wurde aus New-York unter dem 22. März geschrieben: Ueber 14 Tage schon dauert der von der Philadelphia Central Labor Union (Gewerkschaftszentralkörper) zu gunsten der ausständigen Straßenbahner angeordnete Massen-Sympathiestreik, an welchem sich nicht nur die meisten Gewerkschaften, sondern auch viele Tausende nichtorganisierter Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligen. Und das bisherige Resultat des Massenaußstandes ist ein gewaltiger Aufschwung der Gewerkschaftsbewegung. Die den Organisationen noch fern stehenden Männer und Frauen, die in den Sympathiestreik eintraten, suchen zu Tausenden um Aufnahme in die Organisation nach oder schließen sich zu neuen Gewerkschaften zusammen. In den Baldwinischen Lokomotivfabriken, der größten Fabrik ihrer Art, die gegen 18 000 Leute beschäftigt, fand noch vor 14 Tagen niemand Arbeit, der auch nur im Verdachte stand, einem Verbände anzugehören. Heute ist die Baldwinische Arbeiterschaft zu mehr als die Hälfte organisiert; und dieser größere Teil feiert, obwohl Lohnerhöhungen bereits zugestanden wurden. Das ist nur ein Beispiel unter vielen.

Freilich gibt es auch Ausnahmen, darunter die beiden am stärksten organisierten Berufe: Die Buchdrucker und die fast durchweg deutschen Brauereiarbeiter. Sie lehnten die Beteiligung am Massenstreik ab, da ihre mit den Unternehmern abgeschlossenen 5-jährigen Verträge noch abgelaufen seien und sie eine Einwilligung ihrer Verbandsleitung in Arbeit nicht überlegen dürfen.

Als die Central Labor Union am 27. Februar den Generalstreik anordnete und dessen Beginn auf den 5. März festsetzte, war die ganze kapitalistische Presse voll des Hohnes. Ein Generalstreik, der mehr denn eine Woche vorher angekündigt wird? Ein Generalstreik in Philadelphia, dessen Arbeiterschaft kaum zu 25 pCt. organisiert ist? „So etwas gibt es ja gar nicht,“ sagten die Neunmalweisen. Ein Generalstreik im strikten Sinne des Wortes wurde es freilich nicht; aber durch einen gewaltigen Massenaußstand hat sich das Proletariat von Philadelphia solidarisch erklärt mit den um ihr Organisationsrecht ringenden Motorführern und Kondukteuren der Rapid Transit Co. (Straßenbahngesellschaft). Ueber 120 000, nach anderen Angaben sogar über 140 000 Arbeiter und Arbeiterinnen feiern. Nur in verschwindendem Maße nehmen die Streikenden die Arbeit wieder auf; doch wird dieser Abfall mehr denn aufgewogen durch die Verstärkung, welche die Reihen der Ausständigen durch diejenigen erfahren, die sich zunächst dem Sympathiestreik gegenüber ablehnend verhalten hatten. Die Textilindustrie ist gänzlich lahm gelegt, die Bautätigkeit ruht

völlig. Alle andern Großbetriebe sind mit Ausnahme der Brauereien und Buchdruckereien stark in Mitleidenschaft gezogen.

Wie anderwärts in den Vereinigten Staaten üben auch in Philadelphia Straßenbahn und berufsmäßige Politiker einen bestimmenden Einfluß aufeinander aus. Durch drei Vertreter, darunter der Bürgermeister Reynburn, ist die Stadt im Aufsichtsrat der Rapid Transit Co. vertreten. Die Stadtverwaltung steht unter der Botmäßigkeit der republikanischen „Maschine“ (Parteiorganisation.) Es sind Staatsmänner kleinsten Kalibers, die im Rathaus von Philadelphia ihres Amtes walten. Und so erleben wir, daß zur gleichen Zeit an den Ufern der Spree und an den Gestaden des Delaware mächtigen Bewegungen mit den gleichen Mitteln der Garauß gemacht werden soll: Versammlungen und Demonstrationen werden rechtswidrig verboten; die wohlbewaffnete Polizei wird auf eine friedliche Bevölkerung losgelassen.

Murphy, der Präsident der Central Labor Union von Philadelphia, und C. D. Pratt, der Organisator des Straßenbahnerverbandes, wurden, trotzdem sie stets von jeglicher Anwendung von Gewalt abrieten, verhaftet und wegen Verschwörung und Aufforderung zum Landfriedensbruch in Anklagezustand versetzt. Sie befinden sich gegen Bürgschaft auf freiem Fuß. Durch solche tölpelhaften Eingriffe erzielten die Machthaber einen völlig unerwarteten Erfolg: Den Sturm, den sie zu bannen wähnten, fachten sie nur noch mehr an. Hatte die Central-Labor-Union am 4. März ausdrücklich bestimmt, daß die Arbeiter gewisser Berufe, um nicht die Ernährung der Bevölkerung in Frage zu stellen, sich nicht an dem Sympathiestreik beteiligen sollen, so wurde diese Einschränkung nachträglich aufgehoben. Ueber alle, welche mit der Straßenbahn und den Streikbrechern Geschäfte abwickeln, wurde der Boykott verhängt. An die Arbeiterschaft der Vereinigten Staaten erging die Aufforderung, ihre Spareinlagen aus den Banken zurück zu ziehen, um den Geldmarkt zu beunruhigen.

Auf etliche Millionen Dollars wird der täglich dem Geschäftsleben Philadelphias aus dem Massenstreik erwachsende Schaden berechnet. Deshalb machen Fabrikanten, Großkaufleute und die Inhaber großer Ladengeschäfte in Gemeinschaft mit zahlreichen sogenannten gemeinnützigen Vereinen einen Versuch über den andern, zwischen der Straßenbahngesellschaft und deren ausständigem Fahrpersonal zu vermitteln. Schroff wiesen die Direktoren der Rapid Transit Co. jede Einmischung eines Dritten zurück, trotzdem der Einnahmeausfall an Fahrgeld in Verbindung mit den durch den Streik bedingten Ausgaben die Summe von zwei Millionen Dollar bereits erreicht hat.

Angeichts dieser Halsstarrigkeit des Straßenbahnmonopols erteilte der in der Stadt Newcastle abgehaltene Konvent des Verbandes der Gewerkschaften des Staates Pennsylvanien dem Ausschuß der Federation die Vollmacht, zur Unterstützung der Straßenbahner von Philadelphia den Generalstreik im ganzen Gebiete Pennsylvaniens anzuordnen. Der Ausschuß setzte den Beginn des Sympathiestreiks auf Montag, 21. März fest. Und da obendrein innerhalb der Gewerkschaften nicht nur Philadelphias, sondern auch der übrigen Teile Pennsylvaniens der Ruf nach einer unabhängigen Arbeiterpartei immer lauter und nachdrücklicher ward, dünkte es dem Bundesenator Penrose und dem Staatsenator McNicholl die höchste Zeit einzugreifen, um zu verhindern, daß die republikanische Partei, zu deren Anhänger die Arbeiter in ihrer Mehrheit gehören, Schaden leide. Sie kamen von Washington bzw. Florida nach Philadelphia zurück. Unter andern Dingen erging es ihnen, daß die Rapid Transit Co. wegen den Forderungen des strikierenden Fahrpersonals so weit entgegen zu kommen, daß Mahon, der Präsident des internationalen Straßenbahnerverbandes, sich befriedigt erklärte. Eine geringfügige Lohnerhöhung wurde zugestanden, die Wiedereinstellung aller Ausständigen zugesagt. Dagegen blieb die Frage der Wiederanstellung der wegen ihrer Zugehörigkeit zur Gewerkschaft entlassenen Motorführer und Kondukteure offen; gerade diese Maßregelung hatte zu dem gegenwärtigen Ausstand geführt. Auch die Forderung, daß alle Verhandlungen zwischen der Direktion der Gesellschaft und dem Fahrpersonal durch einen von der Gewerkschaft zu bestellenden Ausschuß geführt werden, war in dem Vertragsentwurf nicht bewilligt. Die Vertrauensmänner der streikenden Straßenbahner lehnten es nun ab, die kürzlich getroffenen Vereinbarungen zu ratifizieren.

Der Ausstand dauert also an; und was mehr besagen will, sein Umfang zeigt keine Abnahme. Der Ausschuß der State Federation of Labor wird demnächst in Wilkes-Barre zusammen treten, um über die erneute Anordnung eines pennsylvanischen Generalstreiks Beschlüsse zu fassen. Auf die Kunde, daß die Streitart zwischen der Straßenbahngesellschaft und deren Fahrpersonal begraben sei, hatte C. E. Greenwalt

der Präsident der State Federation of Labor, die pennsylvanischen Gewerkschaften telegraphisch angewiesen, entgegen der vorher ergangenen Aufforderung die Arbeit mit dem gestrigen Tage nicht einzustellen. Infolge der Verwerfung des unter Mitwirkung des Senators Penrose zustande gekommenen Vertragsentwurfs durch die Vertrauensleute der Straßenbahner ist die Lage durchaus geändert und erfordert eine erneute Stellungnahme der State Federation. Schon die nächsten Tage werden die Entscheidung bringen.

Die Versteuerung von Gewerkschafts-Unterstützungen.

Man sollte annehmen, daß von einer solchen Versteuerung gar keine Rede sein könnte, schon aus dem Grunde nicht, weil den Empfängern der Unterstützung ein klagbares Recht auf diese nicht zusteht. Anders denken aber die sächsischen Steuerbehörden, die schon im Jahre 1908 an eine Anzahl Kartelle und Gewerkschaften die Aufforderungen richteten, sie möchten sich zur Steuerveranlagung einschätzen. Als die in Frage kommenden Korporationen damals gegen dieses Anstinnen protestierten, ließen die Steuerbehörden nichts mehr von sich hören. Dagegen bestehen sie jetzt auf der Versteuerung der gewerkschaftlichen Unterstützung, obwohl das sächsische Finanzministerium im Jahre 1907 auf eine Eingabe eines dresdener Zweigvereins entschied, daß die Unterstützungen nicht steuerpflichtig seien, daß aber auch die Beiträge an die Gewerkschaften nicht vom Einkommen in Abzug gebracht werden dürfen. Dem Einwand, die Gewerkschaftsmitglieder seien in den Gewerkschaften nicht „versichert“, könnten also auch, obwohl ihnen bei normalen Verhältnissen die Unterstützung gewährt werde, keinen Rechtsanspruch aus ihrer Mitgliedschaft ableiten, hielten die oberen Steuerbehörden einfach entgegen, es würde die guten Sitten verletzten, wenn die Mitglieder Beiträge bezahlten, aber gegebenenfalls keine Unterstützung erhielten. Das Obergericht, bei dem das Arbeitersekretariat Dresden gegen die Entscheidung der Steuerbehörden Rekurs erhob, gab wider Erwarten den Steuerbehörden recht, indem es in seinem Urteil ebenfalls aussprach, daß die Arbeiter die von den Gewerkschaften erhaltenen Unterstützungen versteuern müssen. So verkehrt dieses Urteil ist, so wäre doch, nachdem es nun einmal gefällt war, die einfache Konsequenz davon gewesen, wenn nun wenigstens auch die an die Gewerkschaften zu leistenden Beiträge vom Einkommen in Abzug gebracht werden dürften. Aber dies hat das Gericht sonderbarer Weise abgelehnt. In einem bestimmten Fall (Holzarbeiter) wird das Urteil, wie wir der „Leipziger Volkszeitung“ entnehmen, u. a. wie folgt begründet:

1. „... Kläger hat im Jahre 1907 628 Mk. verdient. Vom 6. April bis zum 3. August ist er infolge Streiks arbeitslos geworden und während dieser Zeit vom Deutschen Holzarbeiterverband, dessen Mitglied er ist, mit 283,30 Mk. Streitunterstützung bedacht worden. . . Da nun die Streitunterstützung unstreitig einerseits zu den in Geld oder Geldeswert bestehenden Einnahmen gehört, andererseits nicht zu der Vermehrung des Stammvermögens zählt, so dürfte sie von der Besteuerung nur dann ausgenommen werden, wenn besondere Gründe dies rechtfertigten. Daran aber gebricht es. . . Wenn die Klage von der Auffassung ausgeht, daß nur solche Einnahmen steuerpflichtig sind, auf die der Empfänger einen vor öffentlichen Behörden geltend zu machenden Anspruch (Rechtsanspruch) besitzt, so besteht ein solcher Grundsatz zwar für gewisse Einnahmegruppen, so für Zinsen und sonstige im Staatssteuergesetz aufgeführten „Gerechtfame“. Aber es gilt keineswegs allgemein. So ist die Frage, ob ein Rechtsanspruch auf die Einnahme besteht, als steuerpflichtig unerheblich bezeichnet worden für die sogenannten Inventurgeschenke und Trinkgelder. . . Einen Anhalt für abweichende Beurteilung der Streitunterstützung bietet das Staatseinkommensteuergesetz nicht. Es darf daher unerörtert bleiben, ob der Kläger auf sie einen Rechtsanspruch besitzt, und es genügt, daß die Quelle der Streitunterstützung, die Mitgliedschaft beim Verbands, zur Zeit der Einschätzung noch bestanden hat. Es muß daher die dem Kläger zufließende Streitunterstützung als steuerpflichtig angesehen werden.

2. Die Steuerpflichtigkeit der Einnahmen, die ein Mitglied aus seinem Arbeitsverbands bezieht, ergibt indessen, wie gegenüber dem am Schlusse der Klage geltend gemachten Einwände hervor zu heben ist, nicht ohne weiteres die Abzugsfähigkeit der an den Verband geleisteten Beiträge. Sollen diese Beiträge aus dem Gesichtspunkt der sogenannten Werbungskosten (§ 15 des Staatseinkommensteuergesetzes) abgerechnet werden können, so müssen sie mit den vom Verbands empfangenen Unterstützungen

derart im Zusammenhange stehen, daß sie Ausgaben zu ihrer Erlangung, Sicherung oder Erhaltung darstellen. Im vorliegenden Falle bezweckt der Verband — und diesem Zwecke dienen auch die Mitgliederbeiträge — die Ehre sowie die materiellen und geistigen Interessen der Mitglieder nach Maßgabe des § 152 der Gewerbeordnung zu wahren und zu fördern. Dieser Zweck soll, so weit die jeweiligen Klassenverhältnisse es gestatten, erreicht werden durch a) Regelung der Arbeitszeit und der Entlohnung, b) Gewährung von Reisegeld oder Ortsunterstützung an arbeitslose Mitglieder, c) Unterstützung in außerordentlichen Notfällen, d) freien Rechtsschutz, e) Pflege der Berufstätigkeit, 1) Regelung des Arbeitsnachweises, g) Pflege gemeinnütziger und wissenschaftlicher Vorträge.

Von diesen Verbandsleistungen haben nur diejenigen zu b oder c oder ein Teil davon die Bedeutung steuerpflichtiger Bezüge der Verbandsmitglieder. Der an den Verband zu leistende Beitrag aber ist einheitlich, und weder das Statut, noch sonstige Unterlagen ermöglichen eine Berechnung oder auch nur schätzungsweise Ermittlung des Anteils, der auf die steuerpflichtigen Bezüge entfällt.

Die Beiträge dürfen also deshalb nicht vom Einkommen in Abzug gebracht werden, weil sie nicht lediglich der Sicherung der Unterstützungen, sondern auch noch anderen Zwecken, wie der Wahrung der Ehre und der materiellen und geistigen Interessen der Mitglieder dienen; die auf Grund dieser einheitlichen Beiträge erhaltenen Unterstützungen dagegen müssen voll versteuert werden. Das ist ein echt sächsisches Urteil, das nur durch besondere juristische Spitzfindigkeiten und Tüfteleien zustande kommen konnte, und gegen das mit aller Entschiedenheit protestiert werden muß.

Der Essener Meineidsprozeß.

Im Jahre 1894 wurde in München-Glabbech von Zentrumsleuten der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter gegründet, der alsbald unter Führung seines damaligen Vorsitzenden August Brust eine von Verleumdungen strotzende Agitation gegen den alten Bergarbeiterverband entfaltete. Die freien Bergarbeiter bekamen damals nur in ganz wenigen Orten einen Saal und benützten deshalb die von den „Christen“ zugesagte freie Diskussion, um in deren Versammlungen aufzutreten. So auch in einer Versammlung, die in Baukau bei Herne stattfand. Schon nach Eröffnung dieser Versammlung, als die Bergarbeiter Gräf und Schröder das Wort zur Geschäftsordnung verlangten, forderte Brust den Gendarmen Münster auf, ihm bei Ausübung seines Hausrechts gegen Schröder und seine Freunde behilflich zu sein. Das genügte dem Münster, um zu Schröder an den Tisch zu treten, diesen an der Schulter anzufassen, und ihn aufzufordern, das Lokal zu verlassen. Schröder entfernte sich, der Gendarm hinter ihm her. Als Schröder an der Kasse sein Eintrittsgeld zurück verlangte, trat Münster mit den Worten: „Raus mit Dir!“ direkt an ihn heran, so daß Schröder zu Boden fiel. Als Schröder sich etwas erhoben hatte, kam er nochmals zu Fall. Schröder erzählte den Vorfall noch am gleichen Abend in Bochum einer Anzahl Freunde, und zwar sagte er, daß Münster ihn hingestoßen und ihn auch das zweitemal zu Fall gebracht habe. Diese Darstellung wurde auch in der Bergarbeiterzeitung gegeben, weshalb deren verantwortlicher Redakteur Markgraf sich vor der Strafkammer in Essen wegen Verleumdung des Münster verantworten hatte. Genosse Schröder behauptete die Richtigkeit der Darstellung in der Bergarbeiterzeitung, ebenso der damalige Kassierer des Verbandes, Genosse Meyer, und der Bergarbeiter Gräf. Münster leugnete entschieden, Schröder berührt zu haben, vielmehr nehme er an, daß Schröder aus Angst hingefallen sei. Nach längerem Zureden gab er schließlich zu, daß Schröder durch seine Münsters Körperbewegung hingefallen sei. Polizeikommissar Brockmeyer erklärte, nicht gesehen zu haben, daß Münster geschlagen oder gestoßen habe. Wegen der widersprechenden Zeugenaussagen wurde die Verhandlung vertagt. In der neuen Verhandlung schränkte Münster seine Angabe dahin ein, daß, wenn Schröder durch seine Münsters Körperbewegungen zu Fall gekommen sei, so jedenfalls nicht durch einen Stoß mit der Hand oder mit der Faust. Eine Reihe anderer Zeugen bestätigten die Angaben der Genossen Schröder, Meyer und Gräf, während eine Anzahl „christlicher“ Zeugen, darunter Brust, erklärten, nicht gesehen zu haben, daß Münster gestoßen habe. Das Gericht glaubte den Zeugen, die auf seiten Münsters standen und verurteilte den Redakteur. Gleichzeitig beantragte der Staatsanwalt die sofortige Verhaftung der Zeugen Schröder, Meyer und Gräf und ließ sie selbst verhaften, als das Gericht den Antrag abgelehnt hatte.

Am 14. August begann vor dem Schwurgericht in Essen gegen Schröder und Genossen die Verhandlung wegen Meineids. Die Darlegung der Angeklagten wurde abermals durch eine Reihe neuer Zeugen gestützt. Trotzdem bejahten die Geschworenen die Schuldfrage. Wie wenig das Gericht selbst an die Möglichkeit einer Verurteilung geglaubt hatte, geht daraus hervor, daß der Gerichtsvorsitzende das Gefängnispersonal bereits angewiesen hatte, die Zivilkleider der Verhafteten für deren Entlassung zurecht zu legen. Der Staatsanwalt Mantell hatte in seiner Anklagerede behauptet, daß die Sozialdemokratie den Meineid für erlaubt halte. Das Urteil lautete gegen Schröder auf 2 1/2 Jahre, Meyer und Gräf auf 3 1/2 Jahre, Imberg, Beckmann und Wicking auf je 3 Jahre Zuchthaus, gegen Thiel auf 6 Monate Gefängnis. Außerdem wurden den Verurteilten, mit Ausnahme von Thiel, die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren und die Fähigkeit als Zeuge vereidigt zu werden, auf immer aberkannt. Die Verurteilten haben ihre Strafen bis auf den letzten Tag absitzen müssen.

Rechtsanwalt Niemeyer, der vor dem Schwurgericht als Zeuge vernommen wurde, hat im Laufe der Jahre keine Mühe gescheut, um eine Wiederaufnahme des Verfahrens herbei zu führen. In einem Prozeß gegen den Redakteur der Rheinischen Zeitung, Genossen Hofrichter, der im Jahre 1896 stattfand, wurde in der Beweisaufnahme von einer Anzahl Zeugen abermals bestätigt, daß Münter damals den Genossen Schröder gestoßen habe. Das Gericht erklärte, keine Veranlassung gefunden zu haben, einzelne Zeugen der Verletzung der Eidespflicht zu verdächtigen, da die Widersprüche mit Rücksicht auf die Schnelligkeit, mit der der Vorfall sich abgespielt hat, erklärlich und eine übereinstimmende objektive Beschreibung solcher Fälle äußerst schwer sei. Die Glaubwürdigkeit des Münter erlitt schon damals einen schweren Stoß. Dennoch wurde das Wiederaufnahmeverfahren immer wieder abgelehnt. Inzwischen war es nun Dr. Niemeyer gelungen, für die Unglaubwürdigkeit des Münter erneute und geradezu vernichtende Beweise aus verschiedenen Disziplinarverfahren, die gegen ihn in seiner neuen Stelle schwebten, beizubringen. Münter ist Magistratsassistent in Schöneberg bei Berlin geworden. Dennoch lehnte das Landgericht in Essen die Wiederaufnahme des Verfahrens abermals ab, wogegen das Oberlandesgericht in Hamm die erneute Verhandlung anordnete. Münter hat bereits in einem berliner Blatte erklärt, daß er der neuen Verhandlung mit Ruhe entgegen sehe, und er tritt nun mit der neuen Behauptung auf, Schröder sei damals betrunken gewesen. Ob Münter wirklich Anlaß hat, dem neuen Verfahren mit Ruhe entgegen zu sehen, bleibt abzuwarten.

Hus unserem Berufe

Dividenden. Es wird berichtet: Die Porzellanfabrik zu Kloster Weilsdorf erzielte für 1909 einen Warengewinn von 370 396 (387 550) Mk. Der Reingewinn stellt sich nach Abschreibungen von 57 569 (77 790) Mk. und einschließlich 6982 (9627) Mk. Vortrag auf 109 761 (108 853) Mk. Hieraus sollen wieder 8 pCt. Dividende gleich 48 000 Mk. und 7,50 Mk. pro Genußschein gleich 18 000 Mk. verteilt, sowie 7298 Mk. vorgetragen werden. Die Bilanz weist 58 832 (21 915) Mk. Reserven, 87 394 (107 552) Mk. Verbindlichkeiten und 150 714 (109 304) Mk. Vorrat aus. In dem vorliegenden Geschäftsjahr ist die Gesellschaft mit besseren Aufträgen als im Vorjahr eingetreten.

Meißen. Sächsische Ofen- und Chamottewaren-Fabrik (vorm. Ernst Teichert) A. G. Namentlich ist es die Ofenbranche gewesen, die, dem Geschäftsbericht zufolge, gut beschäftigt war und nach und nach wieder voll in Betrieb erhalten werden konnte, während im Plattengeschäft der erhöhte Begehr, für den die erweiterten Betriebseinrichtungen vorhanden sind, noch auf sich hat warten lassen. Immerhin hat auch diese Abteilung das Gesamtergebnis günstig beeinflusst, da für die Fabrikation wieder bessere Verhältnisse geboten waren. Bei dem dresdener Grundstück waren 15 086 Mk. aufzuwenden, doch ist auch der Mietertrag um einige Tausend Mark gestiegen. Um die durch den Erwerb der Zweigfabrik und durch die Erweiterung der Wandplatten-Abteilung dem Betriebe entzogenen flüssigen Mittel wieder zu ergänzen und gleichzeitig die auf der Fabrik lastenden 555 000 Mk. Hypotheken zur Tilgung zu bringen, wurde eine 4 1/2 prozentige amortisierbare Prioritäts-Anleihe von 750 000 Mk. aufgenommen und an Stelle der Hypotheken auf den Besitzstand der Gesellschaft zur Eintragung gebracht. Die dadurch entstandenen Kosten und Stempelabgaben betragen 26 394 Mk., die

mit aus dem Gewinne gedeckt werden. Als Fabrikationsgewinn ergeben sich 377 088 (280 082) Mk., wovon 155 127 (148 915) Mk. für Reparaturen, Handlungsunkosten und Zinsen in Abzug zu bringen sind, so daß nach Kürzung der Abschreibungen von 59 339 (63 297) Mk., wovon 17 463 (12 722) Mk. auf Debitoren entfallen, ein Reingewinn von 170 381 (90 690) Mk. zur Verfügung bleibt. Hier von haben Vorstand und Beamte 12 197 (5090) Mk., der Aufsichtsrat 9032 (2840) Mk. zu erhalten, 11 000 (0) Mk. werden zu Wohlfahrtszwecken, 75 000 Mk. (w. i. B.) zur Verteilung von wieder 10 pCt. Dividende und der nach Berücksichtigung der 26 394 Mk. betragenden Anleihekosten verbleibende Rest von 34 259 Mk. zum Vortrag auf das neue Jahr bestimmt.

Für die Emaillemaler unter unseren Kollegen dürfte folgende Notiz nicht ohne Interesse sein: „In der Generalversammlung des Vereins Deutscher Emaillierwerke, dem nunmehr 50 Emaillierwerksfirmen angehören, wurde in Rücksicht auf die weiteren Preissteigerungen für Rohmaterialien beschlossen, an Stelle des gegenwärtig geltenden Preisaufschlages von 5 pCt. für Verkäufe im zweiten Semester dieses Jahres einen weiteren Preisaufschlag von 2 1/2 pCt., im ganzen also 7 1/2 pCt., durch zu führen. Der Beschäftigungsstand hat, wie mitgeteilt wurde, in sämtlichen Gruppen und Bezirken des Vereins deutscher Emaillierwerke erheblich zugenommen. Die Ausarbeitung einer neuen deutschen einheitlichen Preisliste und die Festsetzung von Maximalrabatten für die verschiedenen Qualitäten und Ausführungen wurde einer Kommission überwiesen, ebenso die Frage der gemeinsamen Bewertung des Sekundärentfalles.“ Die Kollegen brauchen sich also eventuelle Lohnforderungen nicht mit dem Hinweis der Unternehmer auf gefallene Preise ablehnen zu lassen.

Coblenz. In Burgbrohl existiert eine Stein- und Tonindustrie-Gesellschaft „Brohltal“, welche an die Arbeiter, die in diesem Betriebe zu arbeiten das Glück haben wollen, einen Fragebogen sendet, auf dem folgende Fragen enthalten sind: 1. Wann sind Sie geboren? 2. Sind Sie Soldat gewesen? 3. Sind Sie verheiratet? 4. Wieviel Kinder haben Sie und in welchem Alter? 5. Haben Sie eine ruhige Frau, welche sich mit den Nachbarn verträgt? 6. Ist Ihre Wohnung stets sauber und in Ordnung? 7. Sind Sie und Ihre Frau und Kinder gesund? 8. Wo haben Sie zuletzt gearbeitet? 9. Wie lange sind Sie in Ihrer letzten Stelle? 10. Welche Arbeit haben Sie verrichtet? 11. Wann haben Sie zuletzt Krankengeld bezogen? — Man wird zugeben müssen, daß die Neugierde dieser Betriebsleitung ziemlich groß ist. Was um alles in der Welt geht besonders den Arbeitgeber das an, nach dem unter 5, 6 und 7 gefragt wird? Es ist, als ob der Unternehmer in diesem Falle mit der Arbeitskraft des Mannes auch zugleich die der Frau und der Kinder mit zu erwerben denkt. So ungefähr wie sich früher die Sklavhalter ganze Sklavensfamilien zulegten, oder wie die feudalen Junker von ehemals die Familien ihrer Leibeigenen verkauften. Damit aber die Betriebsleitung von „Brohltal“ künftig ganz genau weiß, wie es in „ihren“ Arbeiterfamilien zugeht, empfehlen wir, den obigen Fragen noch folgende anzufügen: Was essen Sie, Ihre Frau und Ihre Kinder? Wie oft benutzen Sie täglich den Abort? Gehen Ihre Kinder noch aufs Töpfchen? Wer hält Ihre Wirtschaft in Ordnung? Können wir Ihnen dazu einen von uns an die Hand geben, die sich um nichts anders zu kümmern haben als solche Dinge, die sie nichts angehen, zu stecken, zur Verfügung stehen? U. s. w. —

Dresden. Von der Firma Paul Dießler ging uns als Antwort auf unsere Notiz in Nr. 11 der „Ameise“ folgendes Schreiben zu: „Auf Ihren Artikel über meine Firma muß ich Sie auffordern, den Artikel umgehend zu widerrufen, andernfalls werde ich die Angelegenheit sofort dem Gericht wegen Verleumdung und Geschäftsschädigung übergeben. Wenn Sie solche Artikel hinein drucken, so müssen Sie sich erst überzeugen, ob selbige auf Wahrheit beruhen, oder auf Gemeinheit einer Person, welche gern in meinem Geschäft arbeiten möchte, und es schon auf alle mögliche Weise versucht hat, hinein zu kommen, denn einmal melde ich selbiger auf ein Töpfergesuch, einmal wieder als Maler, dann als Gießer und wenn man dann so eine Person einstellt können sie nichts. Was den Maler anbetrifft, der von auswärts durch große Versprechungen soll hierher gelockt worden sein, muß ich darauf erwidern, daß der Betreffende nicht einmal minderwertiger Maler ist, sondern daß die Arbeiten, die derselbe geliefert hat, ein Lehrling in 2—3 Stunden machen kann, selbiger aber 1 1/2 Tag daran gearbeitet hat. Ich habe letzterem mehr bezahlt, als er verdient hat und ihm auch noch etwas zur Reise gegeben. Ich traue ihm aber auch nicht soviel

ntelligenz zu, einen solchen Artikel in die Zeitung hinein zu geben. uch die sonstigen Angaben beruhen alle auf Schwindel, denn eine Leute werden alle anständig bezahlt und behandelt und nd froh wenn ich sie behalte. Wenn ich auch keine große abrit besitze, welches Sie beniehem, so denke ich, daß es einer rganisation und deren Zeitung gleich sein kann, ob ich einen der zwanzig Brennöfen besitze, denn auch diese Angaben stimmen leht. Oder richten sich Ihre Artikel nur gegen kleine Unter- ehmer? Ersuche um Angabe des Namens des Artikeleinsenders, mßt werde ich gerichtlich gegen Sie vorgehen." Der Ton des briefes läßt einen wenig günstigen Schluß zu, den man von er Art und Weise wie Herr Paul Mießler mit „seinen“ Ar- eitern umzugehen scheint, ziehen muß. Da im übrigen die „Be- chtigung“ des Herrn Mießler nichts berichtigt, können wir unsere ste Notiz nicht widerrufen und müssen nun alle die Schrecken, ie Herr Mießler uns anzudrohen beliebte, geduldig über uns gehen lassen.

Krummenaab. Welcher fast unglaublichen Ausnutzung ihrer reitkraft nicht selten die Schmelzer ausgesetzt sind, läßt lgender Fall erkennen: Bei der Firma W. Mannl arbeitete er Kollege K. als Schmelzer während einer Lohnperiode von Wochen 182 Stunden, das heißt pro Arbeitstag fünfzehn 5 Stunden. Als Lohn dafür wurden pro Stunde 26 — sechs- ndzwanzig — Pfg. gezahlt. Diese Arbeit nahm K. so mit, aß er eines Tages erklärte, er könne nicht mehr. Als er trotz- em brannte, mißriet der Brand. Die Stücke mußten aus- ebeffert werden, wofür dann Mannl dem Kollegen K. 21,67 Mk. bziehen wollte. Die Aufrechnung sah dann folgendermaßen us: An Lohn hatte K. zu fordern 47,32 Mk.; davon gingen b für Versicherungsbeiträge 1,65 Mk., Abzug für den verur- achten Schaden 21,65 Mk., so daß insgesamt verblieben 24,02 Mk. Das ist der Verdienst für 182 Stunden Arbeit! Einer Arbeit, ie zumeist in den Nachtstunden geleistet wird und die aufreibend nd den Körper schnell zermürbend wirkt. Wenn Mannl bei olchen Lohnexperimenten keine Arbeiter mehr findet, dann darf das sicherlich nicht verwundern.

Untermhaus. Ueber die Differenzen bei Ködl wird uns berichtet: Nach Ablauf der Kündigungsfrist sind 13 Dreher und uetscher in den Ausstand getreten. Die Kündigung der Brenn- ausarbeiter läuft ebenfalls inzwischen ab. Ebenso ist auch noch en Gießern und Gießerrinnen (mit Ausnahme von 5 Frauen), owie den Kapseldrehern und Hofarbeitern gekündigt worden. ur die Maler scheint Herr Ködl noch zu brauchen, weil er iese bisher von der Kündigung verschont hat. Die Kündigung t bekanntlich erfolgt, weil die Arbeiter, die gezwungen waren, agelang auf Masse warten zu müssen, hierfür Entschädigung eanspruchten, und da sich Herr Ködl weigerte, diese zu gewähren, eim Gewerbegericht klagbar wurden, das Herrn Ködl zur zahlung der geforderten Entschädigung in Höhe von 45,54 Mk. erurteilt hat.

Für die Frauen

Vom Wahlrecht der Frauen. Der Frauenbund der nor- wegischen Arbeiterpartei hat vor einigen Wochen seinen 8. Jahres- ongreß abgehalten. 86 Delegierte waren anwesend. Der Ver- and umfaßt nun rund 33 Vereine mit 1400 Mitgliedern. Von em Parteivorstand erhielt im vergangenen Jahre der Bund ei Unterstützung von 500 Kronen, die vor allem zur Wahlagitati- ei den Stortingswahlen verwendet wurde. Das vor einem Jahre gegründete Verbandsorgan „Die Frau“ hat sich als ein gutes Aufklärungsmittel bewährt. Es soll den Ortsvereinen die Aufforderung zugehen, eine lebhaftere Agitation zu entfalten. Es wurde ferner beschlossen, eine besoldete Geschäftsführerin anzu- tellen. Die Resolution, welche fordert, daß weibliche Polizeie- amte angestellt werden, wurde der Polizeikammer von Christia- na zugewiesen. Der Parteivorstand wird um die Mittel zur Errichtung eines Frauensekretariats angegangen. Außerdem wurde eine Resolution für die Ausdehnung des nun bestehenden Frauenwahlrechts zu einem allgemeinen und gleichen Frauen- wahlrecht gefordert. In Schweden fanden zum erstenmal die Wahlen zu den Gemeindevertretungen nach dem neuen Wahl- gesetz statt. Zum erstenmal wählten die Frauen unter den gleichen Bedingungen wie die Männer. Wohl ist das Wahlrecht an eine Steuerleistung gebunden, doch braucht das eigene Einkommen einer Ehefrau in Stockholm nur 15 Kronen betragen, so daß auch viele Arbeiterfrauen ein Wahlrecht haben. Unsere Genossen hatten deshalb auch eine Frau aufgestellt, Genossin Gertrud Manßon, die auch neben einer Kandidatin der konservativen Partei gewählt wurde.

Der 7. ordentliche Konsumgenossenschaftstag findet in der Zeit vom 13. bis 15. Juni in München statt. Am ersten Hauptverhandlungstage werden die üblichen Rechenschaftsberichte des Vorstandes, des Generalsekretärs und der Unterstützungs- kasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine erstattet und diskutiert, außerdem wird an diesem Tage der Rechtsbeirat des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine einen Vortrag über genossenschaftliche Zeit- und Streitfragen halten, der sich in der Hauptsache mit juristischen Fragen beschäftigen dürfte. interessanteste Verhandlungsgegenstand wird am zweiten Ver- handlungstage erörtert. v. Elm referiert über Vereinbarungen zwischen dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine und der Generalkommission der Gewerkschaften betr.: a) Hausindustrie und Heimarbeit, b) den Vertrieb von Strafanstaltserzeugnissen, c) die Anerkennung der Gewerkschaften und deren Tarife, d) die genossenschaftlichen Pflichten der Gewerkschaftsmitglieder, e) die Errichtung von industriellen Arbeitsgenossenschaften. Dem Genossenschaftstage werden eine Anzahl von Resolutionen vor- gelegt, die zwischen der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und dem Vorstande des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine vereinbart wurden und eine einheitliche Stellung- nahme der Genossenschafts- und Gewerkschaftsbewegung gegen die oben angeführten sozialschädlichen Erscheinungen bewirken sollen. Mit der Berichterstattung über die Tätigkeit des Tarif- amtes und den üblichen Wahlen findet dann der Genossenschafts- tag sein Ende. Voraus gehen ihm mehrere Tagungen des Vorstandes, Ausschusses und der Genossenschaftsfunktionäre, in denen interne Angelegenheiten zur Beratung gelangen; die Generalversammlung der Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsumvereine schließt sich, wie üblich, unmittelbar an den Genossenschaftstag an.

Die Kosten des Parlaments. Die Kosten eines gesprochenen Wortes im Reichstage, soweit die offiziellen Reden von der Tribüne des Reichsparlaments in Frage kommen, werden auf zehn Pfennige geschätzt. Zu diesem Resultate kommt man unter Zugrundelegung der Ausgaben für die Stenographen und der damit zusammen hängenden Kosten für sonstige technische Bedürfnisse, Drucksachen usw., die rund 600 000 Mk. jährlich betragen. Jede Sitzung des Reichstages erfordert dafür einen Kostenaufwand von 3500 Mk. — Noch teurer stellen sich jedoch die gesprochenen Worte im preußischen Herrenhause. Dort kostet der stenographische Bericht jährlich rund 80 000 Mk. Da jährlich in diesem hohen Hause nur zwanzig Sitzungen statt- finden, kommt jede Sitzung auf 4000 Mk. zu stehen. Eine Minute Redezeit kostet 33,20 Mk. und jede Silbe ungefähr 16,6 Pfg., wenn man annimmt, daß durchschnittlich in der Minute 200 Silben gesprochen werden können. Reden ist Silber und Schweigen ist Gold! Nach vorstehender Berechnung stimmt aber die Sache nicht ganz.

Die Wirkungen der Krise. Einen Anhaltspunkt für die Wirkungen der Krise gibt der Markenverkauf für die Versicherten der Invalidenversicherung. Die Schwankungen auf dem Arbeits- markt der Industrie kommen freilich nicht ganz zum Ausdruck, weil der Industriearbeiter, der nur an einigen Tagen in der Woche beschäftigt ist, trotzdem eine Beitragsmarke erhält, und freilich die Schwankungen nicht voll in die Erscheinung, weil auch die Diensthoten und Landarbeiter mit versichert sind, die nicht in dem Maße wie die Industriearbeiter von der Krise getroffen werden. Nun zeigt sich, daß in den Jahren 1903 bis 1906 in jedem Jahre 20 bis 24 Millionen Beitragsmarken mehr verkauft wurden als im Vorjahr. Im Jahre 1907, als im November die Krise einsetzte, sank dieser Ueberschuß im Ver- gleich mit 1906 auf 16 104 904 Beitragsmarken. In den jetzt verteilten Rechnungsergebnissen für 1908 wird mitgeteilt, daß in diesem Jahre nur 9 952 791 Beitragsmarken mehr verkauft wurden als 1907. Schlimmer ist aber das Bild in einzelnen Bezirken. Hier trat ein direkter Rückgang im Markenverkauf ein. Diese Bezirke geben folgendes Bild:

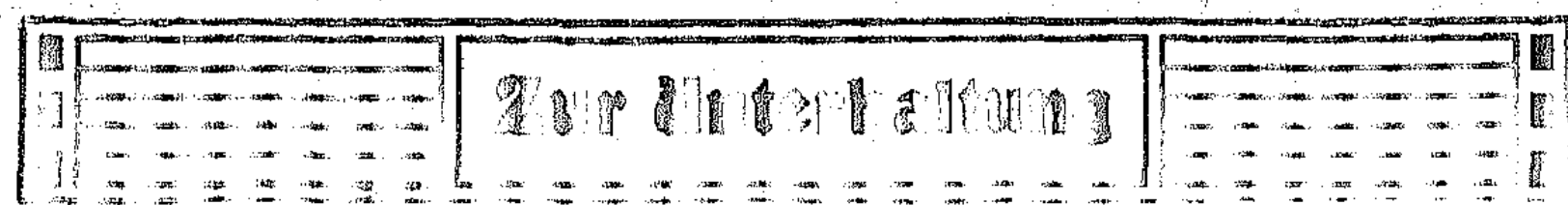
	1907	1908	Weniger als im Jahre 1907
Berlin	34 009 719	33 652 426	357 293
Hansestädte	19 686 177	19 392 847	293 330
Schleswig-Holstein	16 641 473	16 575 639	66 234
Unterfranken	4 683 279	4 679 107	4 172
	75 020 648	74 300 019	721 029

Da die jungen Leute, die das 16. Lebensjahr vollendet haben, und in einem Arbeits- oder Lohnverhältnis stehen,

versicherungspflichtig wurden, so hätte bei normalem Verhältnis die Zahl der verkauften Beitragsmarken um zwei von Hundert steigen müssen. Statt des natürlichen Anwachsens von 1 500 000 trat ein Rückgang von 721 029 ein. Das bedeutet also 2 221 000 Wochen völliger Arbeitslosigkeit in diesen vier Bezirken.

Sind Gewerkschaftsversammlungen politische Versammlungen? Der Bevollmächtigte der Zahlstelle Gräfinau-Angstedt des Textilarbeiterverbandes und zwei noch nicht 17 Jahre alte Mitglieder hatten Strafmandate erhalten, und zwar letztere, weil sie an einer „politischen“ Mitgliederversammlung teil genommen haben sollen, der Bevollmächtigte, weil er deren Anwesenheit geduldet und somit gegen die §§ 17 und 18 des Reichsvereinsgesetzes verstoßen habe. In der hiergegen vor dem Schöffengericht in Stadtilm eingelegten Berufung wurden sämtliche drei Angeklagte von der Beschuldigung, das Vereinsgesetz übertreten zu haben, freigesprochen. Das Gericht betonte, daß auf Grund des Statuts des Deutschen Textilarbeiterverbandes von einer politischen Organisation keine Rede sein könne. Auch könne nicht bewiesen werden, daß der Verband eine politische Tätigkeit entfaltet habe. Nach dieser Begründung des Freispruchs stellte sich das Gericht sonderbarerweise auf den Standpunkt, daß die beiden jugendlichen Angeklagten zwar in bezug auf das Vereinsgesetz frei gesprochen seien, aber trotzdem bestraft werden müßten, weil sie eine Landratsamtsverordnung vom 27. November 1893 übertreten hätten, nach der Personen unter 17 Jahren nach 9 Uhr abends Gast- und Schankwirtschaften nur in Begleitung erwachsener Angehöriger besuchen dürfen. Der eine Angeklagte erhielt deshalb 1 Mk., der zweite Angeklagte 2 Mk. Geldstrafe. Selbstverständlich sind diese Strafen unhaltbar. Wenn das Reichsvereinsgesetz den jugendlichen Arbeitern die Teilnahme an geschlossenen Gewerkschaftsversammlungen gestattet, können diese reichsgesetzlichen Bestimmungen nicht durch Landratsamtsverordnung illusorisch gemacht werden. In diesem Sinne wird sicher auch die Berufungsinstanz entscheiden müssen.

Holland. Im Jahre 1909 fanden in Holland 135 Streiks statt, gegen 108 im Jahre 1908; 138 im Jahre 1907 und 164 im Jahre 1906. Die Zahl der Streitenden wurde für 121 Streiks ermittelt; sie betrug 5164, gegen 5650 im Jahre 1908, 11646 im Jahre 1907 und 11069 im Jahre 1906. Aussperrungen fanden 45 statt, gegen 27 im Jahre 1908. Daran waren beteiligt im letzten Jahre 1836 Personen, gegen 1515 im Jahre 1908. Die verhältnismäßig größte Anzahl der Streiks und Aussperrungen entfällt auf die Monate Januar und Februar (21 Streiks und 29 Aussperrungen), und zwar, wie der offizielle Bericht hervor hebt, infolge des Inkrafttretens des Gesetzes über den Arbeitskontrakt, von dem man sich das Verschwinden der Streikbewegungen versprochen hatte. Von den 128 im Jahre 1909 beendeten Streiks endeten 29,4 pCt. zugunsten der Arbeiter, 27,8 pCt. zugunsten der Unternehmer, 33,3 pCt. durch Vergleich, während für 9,5 pCt. der Fälle das Resultat unbekannt blieb. Von den Aussperrungen verliefen 37,2 pCt. zugunsten der Unternehmer, 16,2 pCt. zugunsten der Arbeiter; 27,2 pCt. wurden durch gegenseitige Vereinbarung geschlichtet, während für 9,4 pCt. der Fälle das Resultat unbekannt ist.



Frühling.

Von Alexander L. Stellan.

Weit und breit den Nil entlang saßen dichte Vogelscharen und brien in der glühenden Sonne. Sie zupften und ordneten an ihren Federn, taten ein paar Schläge, um die Schwingen zu probieren, schnappten schläfrig nach einem Wurm oder einem Bierfüßler, von denen es im Sumpfe wimmelte.

Aber es gab allzu viel Futter, es war zu warm, zu still; sie sehnten sich nach kaltem Regen, grauer Luft und frischen Stürmen.

Zahllose Scharen von Graugänsen und Schwänen schwammen auf den offenen Stellen zwischen dem Schilf in den ausgedehnten Sümpfen umher. Hier und da ragten Reiher und Störche hervor; in sich zusammen gesunken standen sie da auf einem Bein und ließen den Schnabel hängen. Sie langweilten sich ganz entgeglichen.

Schnepfen und Wasservögel, Kiebitze, Kampfhähne, Ringelgänse, Wasserhühner, Wachteln, Schwalben — ja bis herab zu dem gewöhnlichen Star — alle langweilten sie sich, daß ihnen fast die Federn vom Leibe fielen.

Der Ibis ärgerte sich über dieses fremde, grau gekleidete Pack und ließ sich sogar herab, den dummen Flamingos sein Leid zu klagen, wie tief er sie auch sonst verachtete. Die Krokodile blinzelten mit den grünen schleimigen Augen und schnappten ab und zu nach einer fetten Gans. Dann entstand jedesmal ein Lärmen und Schreien, das den Fluß hinauf und hinab beantwortet wurde, bis es weit, weit in der Ferne erstarb; und die Stille der Wüste legte sich wieder über die glühende Landschaft und über die trägen Vogelscharen, die saßen und warteten und wußten selber nicht recht worauf.

Da flog ein kleiner grauer Vogel gerade hinauf in die Luft, stand oben einen Augenblick still und schlug ungeheuer rasch mit den Flügeln, während er ein paar kurze Töne zwitscherte; darauf senkte er sich wieder herab und verbarg sich im Grase.

Die ganze Vogelschar hob die Köpfe und lauschte. Und dann erhob sich ein Schnattern und Zwitschern und ein unruhiger Lärm in jedem Winkel. Junge vorlaute Kiebitze flogen auf und schlugen Purzelbäume in der Luft, um zu zeigen, wie gut sie flogen.

Aber die ältesten weißen Schwäne, die hoch hinauf bis Island sollten, hielten Generalversammlung, um den Reisevorschlag der Lerche zu überlegen. Denn alle hatten sogleich die Lerche an der Stimme erkannt, obwohl sie nicht mehr als zwei, drei Töne hervor gebracht hatte; der Gesang war ihr noch nicht richtig in die Kehle gekommen. Während die Schwäne berieten, erscholl ein gewaltiges Klauschen und die Luft verfinsterte sich.

Es waren die Graugänse, die sich zur Fahrt rüsteten. In großen Scharen kamen sie heran, schwärmten in der Luft umher, ordneten sich dann in lange Reihen und verschwanden nordwärts, während ihr Geschrei sich in der Ferne verlor.

Der Star erhob sich in schwarzen Massen und brach auf; die Kiebitze folgten. Die Störche schraubten sich paarweise hoch in die Luft hinauf, bis sie kaum noch zu sehen waren, und nahmen dann den Weg nach Norden. Die Generalversammlung der Schwäne ging bei der allgemeinen Verwirrung und Unruhe vollständig in die Brüche; alle Welt wollte fort, es gab kein Besinnen mehr. Jeden Augenblick passierten neue Scharen die Küste von Nordamerika, mit ihren Schnäbeln das lächelnde blaue Mittelmeer in der Tiefe grüßend.

Die Nachtigallenmännchen machten sich nachts in kleinen Gesellschaften davon; sie wollten die bekannten Stätten in den Rosenbüschen der Provence oder den Buchenwäldern von Seeland aufsuchen, damit sie ihre schönsten Lieder fertig und eingeübt hatten, wenn die Weibchen kamen.

Die norwegischen Lerchen warteten so lange wie möglich, aber als die dänischen zogen, folgten sie aus alter Freundschaft. Das Reifefieber griff in dem Grade um sich, daß sogar die Schwalben und der Kuckuck von dannen mußten; sie wollten wenigstens übers Mittelmeer fliegen, dann könnte man ja sehen.

Der Ibis fand seine Gemütsruhe wieder und schritt gravitatisch wie ein Erzbischof am Ufer auf und ab, und die rosenroten Flamingos wichen ehrerbietig zur Seite vor seiner Heiligkeit und senkten mit andächtiger Miene ihre dummen Köpfe mit den geknickten Schnäbeln.

Stillter und wärmer wurde es längs des Nilstroms. Die Krokodile mußten sich jetzt mit Negerfleisch begnügen oder in kleineren Teilen mit den zierlichen Touristen.

Da und dort lag der Ibis jetzt nach Norden. Wo eine Schwärme die bekannten Gestirne der Heimat erreichte, senkte sie sich herab und rief den andern, die noch weiter sollten, ein Lebenswohl nach. Und überall erwachten Leben und Fröhlichkeit in dem alten, erfrorenen Europa in Wald und Feld, rings um die Häuser der Menschen und weit draußen im Schilf der großen stillen Seen.

Unterdessen schritt das Frühjahr fort mit Sang und Klang, Kämpfen und Liebesintrigen, von den kleinen Mistkäfern an, die im Grase die Kur machten, bis zu den Bären, die drinnen im Walde kämpften, daß das Blut floß.

Gewiß fraßen die Großen die Kleinen wie immer, das ist nicht zu leugnen, aber es geschah doch mehr gelegentlich, halb gemüthlich. Niemand brauchte viel Nahrung; wenn man verliebt ist, hat man an anderes zu denken. Der Kampf ums Dasein nimmt sich ganz anders aus im Hochsommer und Herbst, wenn man Futter für die Madame und eine Schar hungriger Jungen herbei schaffen soll.

Der Frühling legte einen Schimmer von Ritterlichkeit über die brutale Fressgier, und die Männchen waren eifrig, ihre Lebenswürdigkeit zu entfalten, während die Weibchen ihren kurzen Triumph genossen und sich kostbar machten.

Wald und Feld hallten wider von schmelzender Sehnsucht, hoffnungsloser Klage und jubelndem Glück; und manches kleine Herz brach in stiller Verzweiflung, und manche kleine Unregelmäßigkeit ging vor sich unter dem dichten Laub und in den einsamen Bergen, und manch kleiner Kampf auf Leben und Tod wurde ausgefochten, während die Schöne gleichgültig zusah.

Zwei Bachstelzen bekriegten sich so lange in der Luft, bis sie in den Mühlteich fielen und naß und erschreckt wieder aufstiegen. Und unterdessen flog sie, um die der Streit ging, mit einem Dritten davon, der zufällig vorbei strich. Der Mühlteich lag so ruhig und blank da, daß die beiden Rivalen sich darin spiegeln konnten, während sie sich schüttelten und ihre zerzauste Toilette ordneten.

Die Kaulquappen im Teich hatten ihre unfertige Kleidung mit dem genierenden Schwanz abgeworfen. Sie traten jetzt flott als junge Frösche auf und schwammen in langen Zügen und kräftigen Stößen mit den Hinterbeinen wie geprüfte Schwimmlehrer.

Längs der ganzen langen Küste flutete das Meer und schlich sich lieblosend wie eine Kage zwischen die Schären hinein. Wo in den Winterstürmen der Schaum sprühen und kochen konnte, da glitten jetzt grüne Wellen aus und ein; das große blaue, sonnenbeschienene Meer umschloß so lächelnd und warm das alte barsche Land, als ob sie niemals uneins gewesen wären.

Und an den nackten Vorgebirgen und Klippen und drinnen in den Fjorden wuchs der Tang rot und gelb und lichtgrün, schimmernd wie der prächtigste Seidenteppich. Und dort in der Tiefe kroch und wimmelte es von Scheren und langen Hörnern und Saugarmen und weichen Finnen und schmiegsamen falschen Fühläden, soliden Muschelschalen und Schneckenhäusern — eine phantastische Welt ränkevoller Waffen und starker Rüstungen.

Auf dem glatten Fels, der schräg gegen den blauweißen Sandgrund abfiel, saßen zwischen saftigen Büscheln von Blattalgen und Seegrass Medusen, Rotmuscheln, flachlige Seeigel und prächtige rote Seesterne.

Zwei, drei Stinte steckten die Mäuler unter ein Tangbüschel und schnappten nach dem oder jenem darunter. Aber ein dicker Meerjunker kam und verjagte sie, so daß sie beiseite fuhren. Er steckte die Nase darunter, um zu sehen, was es dort gäbe. Es war vermutlich nichts, was seinen Appetit reizte, denn er wendete sich mit einer verächtlichen Bewegung ab und ruderte gemächlich am Felsen weiter.

Die Sonnenstrahlen fielen blau und geheimnisvoll auf das seltsame Leben dort unten und auf die hellen Sandflecken, die hier und da aufblinzen, bis sie sich in der Tiefe des Meeres verloren und alles in das große, tiefe, unendliche Blau übergang.

■ ■ ■ Versammlungs-Berichte etc. ■ ■ ■

m. Meuselbach. In der Zahlstellenversammlung vom 28. März waren von 88 Mitgliedern nur 12 erschienen. Es wurde u. a. der Abschluß des 4. Quartal 1909 vom Kassierer vorgelesen, welcher in Einnahme 247,09 Mk., in Ausgabe 19,774 Mk. gebucht zeigt; bleibt Bestand 49,35 Mk. Ferner wurde auch vom Kassierer die Jahreseinnahme und Ausgabe für 1909 in einzelnen Fällen vorgelesen. Hauptsächlich hervorzuheben war, daß die Ausgabe mit 188,88 Mk. die Arbeitslosenunterstützung trifft, dann wurden 82 Mk. Haftunterstützung aus dem Streiffonds und 272,08 Mk. Krankenunterstützung gezahlt. Streikmarken sind nur 85 Stück zu 10 Pfg. verkauft worden. Die Mitgliederbewegung war Anfang 1909 45, 88 männliche, 9 weibliche, am Ende des Jahres betrug die Zahl 83, 28 männliche und 5 weibliche Mitglieder. Die Streichung mußte hier wegen hohen Resten bei Männlichen, bei Weiblichen wegen Abmeldung vorgenommen werden. Der 12 pSt.-Fonds hatte einen Bestand von 98 von 88,89 Mk., die Einnahme betrug 128,28 Mk., die Ausgabe 90,73 Mk., bleibt Bestand als Vortrag für 1910 87,52 Mk. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Decharge erteilt. Ueber die Agitation kam es betreffs der Hausagitation zu lebhaften Debatten. Ein Bericht der Gaukommission wurde unter großer Empörung der Mitglieder zurück gewiesen.

r. Nürnberg. In der am 19. März von 20 Mitgliedern besuchten Versammlung hielt Kollege Fischer einen Vortrag über Unternehmervereinigungen. In seinem 1 1/4 stündigen Vortrage gab der Redner über die verschiedenartigen Bestrebungen der Unternehmerringe, Kartelle, Syndikate und Trusts in reichlichem Maße Aufschluß. Nach der Schilderung dieser Vereinigungen, die den Zweck haben, den Forderungen der Arbeiterverbände entgegen zu treten, sprach Kollege Fischer dann von der Entwicklung der Konsumvereine und auch davon, welche Vorteile die Konsumvereine bieten. Die lehrreichen Ausführungen fanden Anerkennung, und wurde gewünscht, daß derartige Vorträge öfter gehalten werden. Hierauf gab der Kassierer den Abschluß vom 4. Quartal 1909 bekannt. Kollege Böhn erklärte, Bücher und Kasse in bester Ordnung gefunden zu haben, worauf dem Kassierer Entlastung erteilt wurde. Auf der Tagesordnung stand noch „Ausprache über die Werkstattverhältnisse“, wobei über ungenügende Lohn- und Arbeitsverhältnisse berichtet wurde. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Mitglieder nicht nur darauf bedacht sein sollen, bei Arbeitslosigkeit Unterstützung zu erhalten, sondern auch darnach zu streben, bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erlangen. Infolge der vorgelassenen Zeit wurde angeregt, eine Sitzung, die mit dieser Angelegenheit sich beschäftigen soll, abzuhalten.

e. Gräfenroda. Am 26. März fand hier eine öffentliche gemeinschaftliche Versammlung der Porzellan- und Glasarbeiter statt. Gauleiter Hoffmann referierte über die Verschmelzungsfrage. Er führte an, daß der Arbeiter immer nach etwas Großem, Ganzem strebe, so jetzt auch in seiner Organisation und mit Recht, denn auch hier geht das Unternehmertum voran. Warum sollen wir Porzellan- und Glasarbeiter und Töpfer uns nicht zusammen schließen, denn je größer die Organisation, je größer das Kapital mit dem wir den Unternehmern gegenüber treten können, umso leichter ist der Kampf. Es wurde einstimmig folgende Resolution angenommen: Die heutige gemeinschaftliche Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Sie erkennt an, daß der wachsenden Macht des Kapitalismus und der Unternehmerverbände eine stärkere wirtschaftliche Macht der Arbeiterschaft gegenüber gestellt werden muß, welche die Anwesenden zunächst in der Schaffung eines Keramarbeiterverbandes erblicken. Besonders erkennen die anwesenden Porzellanarbeiter an, daß eine wesentliche Reduzierung der Unterstützungssätze unseres Verbandes Voraussetzung zur geplanten Verschmelzung ist.

m. Stadtlengsfeld. Die am 5. März abgehaltene Monatsversammlung war von 68 Mitgliedern besucht. Bevor in die Tagesordnung eingetreten werden konnte, mußte an Stelle des erkrankten Schriftführers ein Stellvertreter gewählt werden. Da unterdessen der 1. Punkt: „Zahlen der Beiträge“ ziemlich erledigt war, wurde zum 2. Punkt: „Hausagitation“ geschritten. Dieser war vom gesamten Vorstand betrieben worden und ist das Resultat ein überaus günstiges, da sich die Mitgliederzahl nahezu verdoppelt hat. Zum Stiftungsfest wurde beschlossen, daß dasselbe am 9. April stattfinden soll, wozu die gesamte organisierte Arbeiterschaft am Orte eingeladen wird. Unter „Anträge und Beschwerden“ erfolgte eine längere Diskussion über die in letzter Zeit auftauchenden Defektabzüge in der Dreherei. Es wurde besonders hervor gehoben, daß die Defekte von der neuen Masse herrühren, die unter Regime des neuen Betriebsleiters Reinhardt angefertigt wird. Unter „Verschiedenes“ hielt ein Genosse einen kleinen Vortrag über Organisation, ihre Entstehung und Entwicklung bis zum heutigen Tage, und erntete hiermit den Beifall der ganzen Versammlung.

■ ■ ■ Adressen-Änderungen ■ ■ ■

- Hrnstadt.** Rff. Herzer wohnt jetzt Uferstr. 34.
Erfurt. Wf. Hermann Müller, Floersgehofen, Nordhäuserstr. 7.
Leipzig. Wf. und Brm. Bruno Rathmann, Wl., Leipzig-Kleinzschocher, Hirtelstr. 27, 3 Treppen.
Martinroda. Rff. Rich. Elle (der Vorkämpfer).
Schorndorf. Schf. Karl Lautner, Wl., Schillerstr. 62.
Uegelsack. Wf. Rich. Stiegler, Grohn, Auf dem Berge 100.
Weißwaller. Wf. Max Krempe, Bismarckstr. 20 — Schf. Alfred Schwab, Göttestr. 16.

■ ■ ■ Versammlungs-Anzeigen ■ ■ ■

- Althaldensleben.** Sonnabend, 9. April, 8 Uhr, im Versammlungsheim, Neuhaldenslebenerstr. Abschluß am 17. April.
Annaburg. Sonnabend, 9. April, 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Kretschmar.
Hrnstadt. Sonnabend, 9. April, im Schwarzbürger Hof.
Hrberg. Sonnabend, 9. April, 8 Uhr, im Vereinslokal. Abschluß 16. April.
Berlin. Sonnabend, 9. April, 8 Uhr, Verwaltungssitzung im Büro — Montag, 11. April, 9 Uhr, Plakatmaler, Klosterstr. 101, bei Boß. Vortrag. — Montag, 11. April, 7 Uhr, Figuren- u. Terrakottabranche bei Wollschläger, Adalbertstr. 21 — Sonnabend, 16. April, 8 1/2 Uhr, Zahlstellenversammlung.
Bonn. Sonnabend, 9. April, 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Sandkaule 18.
Breslau. Sonnabend, 9. April, 7 1/2 Uhr, bei Fuhrmann, Matthiasstraße 182. — Donnerstag, 7. April, 8 Uhr, Verwaltungssitzung.
Buckau. Montag, 11. April, 6 Uhr, in der Thalia, Dorotheenstr. 14. Abschluß.
Cassel. Sonnabend, 16. April.
Dornburg. Sonnabend, 9. April, 8 1/2 Uhr, im Volkshaus.
Leipzig. Sonntag, 9. April.
Leipzig. Montag, 11. April, 1/2 Uhr, bei Neunzig, Schaafenstr. 45.
Leipzig. Montag, 11. April, 1/2 Uhr, Referent Genosse Baunack.
Döbeln. Sonnabend, 9. April, 8 Uhr, bei Schmidt, Neugasse.
Düsseldorf. Die regelmäßige Mitgliederversammlung findet jeden 4. Sonnabend des Monats im Volkshaus, Zimmer Nr. 1, abends 9 Uhr, statt.
Elmshorn. Sonnabend, 9. April, 8 1/2 Uhr, bei Hinrichs, Peterstr.
Frankfurt a. M. Sonntag, 17. April, nachm. 4 Uhr, im Schweizerhof, Neu-Isenburg, Waldstr. 58.
Fraureuth. Sonnabend, 9. April, 8 Uhr, bei August Wollstädt.
Freienort. Sonnabend, 9. April, 1/2 Uhr, im Saaltal, Raschhausen.
Geiswenda. Sonntag, 10. April, nachmittags 8 Uhr, kombinierte Versammlung der Glas- und Porzellanarbeiter im Gasthaus zum Thüringer Wald. Gauleiter Dornheim spricht über die Verschmelzungsfrage.
Goldlauter. Sonntag, 10. April, nachmittags 8 Uhr, bei Emil Schübel, Schießhaus.
Gotha. Sonnabend, 16. April, 8 1/2 Uhr, im Volkshaus zum Mohren.
Großbreitenbach. Montag, 11. April, 8 Uhr, im Rathaus.
Hamburg. Montag, 11. April, 9 Uhr, bei Oskar Lange, Bartelstr. 5.
Höhr. Montag, 18. April, bei Lohner. Abschluß.
Kolmar. Sonnabend, 9. April, bei Hugo Ahmann.
Kronach. Sonnabend, 9. April, 6 Uhr, im Bayerischen Hof.
Leipzig. Sonnabend, 9. April, 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Zeigerstr. 82. Abschluß 16. April.
Ludwigsstadt. Sonntag, 10. April, nachmittags 8 Uhr, in der Bollmann'schen Wirtschaft zu Ebersdorf.

Markredwitz. Dienstag, 19. April, 8 Uhr, im „Schwanen“ (R. Ries) Abschluß 23. April.

Meuselwitz. Sonnabend, 9. April, 8 Uhr, im Kaiser.

M.-Gladbach. Sonntag, 17. April, vormittags 10 Uhr, im Lokale B. Heinen, Wallstr. 13.

Neuhaldensleben. Sonnabend, 16. April, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, bei Herzog, Masche. Abschluß.

Nürnberg. Sonnabend, 16. April, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Neuegasse.

Osterode. Sonnabend, 9. April, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Pankow. Sonntag, 10. April, vormittags 9 Uhr, bei Fleischer, Berlin, Buchholzerstr. 5.

Pottchappel. Sonnabend, 23. April, 8 Uhr, im Hirsch. Wissenschaftlicher Vortrag.

Roda. Sonnabend, 16. April, 7 Uhr, im Ratskeller, Müßchen.

Rolchütz. Freitag, 15. April, 6 Uhr, bei Kopp, Linz. Quartalsabschluß.

Schwarzenbach. Sonnabend, 9. April, nachmittags 5 Uhr, bei Erhard Köppel.

Selb-Plößberg. Sonnabend, 9. April, bei M. Kieß.

Suhl. Sonntag, 10. April, nachmittags 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, in Dombergs-Ansicht. Quartalsabschluß.

Stadtilm. Sonnabend, 9. April, 8 Uhr, im Schießhaus.

Tiefenfurt. Sonnabend, 9. April, 8 Uhr, in der Brauerei.

Untermhaus. Sonnabend, 9. April, 8 Uhr, in der Bockschänke.

Waldhain. Sonnabend, 9. April, 1 $\frac{1}{2}$ Uhr, im „goldenen Löwen“ (Weidhas). Quartalsabschluß.

Weiden. Sonnabend, 16. April, 8 Uhr, in der „Sonne“.

Anzeigen

Goldlauter. Sonntag, 10. April abends, findet unser diesjähriges **Stiftungsfest** in den Räumen des Herrn Gebhardt Hein statt. Freunde der umliegenden Zahlstellen sind hierzu höflichst eingeladen.

Neustadt b. Coburg. Die Zahlstelle feiert Sonntag, 10. April, ihr **erstes Stiftungsfest** im Gewerkschaftshaus, von nachmittags 2 $\frac{1}{2}$ Uhr Konzert, ausgeführt von der Stadtkapelle, unter freundlicher Mitwirkung des Arbeiter-Gesangsvereins. Festrede. Von abends 8 Uhr ab großer Festball. Die hiesigen Mitglieder und die der umliegenden Zahlstellen werden hiermit freundlichst eingeladen.
Die Verwaltung.

Plaue. Die Zahlstelle feiert am Sonntag, 10. April, 1 $\frac{1}{2}$ Uhr abends ihr **Stiftungsfest** im Gasthaus zur Ehrenburg. Hierzu werden die Mitglieder mit ihren Angehörigen freundlichst eingeladen.
Die Verwaltung.

Spandau. Sonnabend, 16. April, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, bei Schröter, Nischendorferstr. 5, Vortrag der Genossin Frida Schulte-Mixdorf über „Kassierer“.

Stadtlengsfeld. Sonnabend, 9. April, findet unser **Stiftungsfest** statt, bestehend in komischen Vorträgen und Ball. Zutritt haben nur organisierte Arbeiter. Beginn 8 Uhr, in der Schützenburg.

Rolchütz. Sonnabend, 23. April, von abends 7 Uhr, **Tänze** in Kropp's Gasthaus, Linz, wozu die Mitglieder und die umliegenden Zahlstellen höflichst eingeladen sind.
Die Verwaltung.

Arbeitsgesuche u. Arbeitsangebote kostenlos	Arbeitsmarkt	Offerten-Beförderung nur bei Porto-Einzufügung
---	---------------------	--

Mitwasser. Kollegen, welche gewillt sind, hier in Arbeit zu treten, werden in ihrem eigenen Interesse ersucht, vorher beim Kollegen Hermann Paul, Schützenstraße 8, über die hiesigen Verhältnisse zu erkundigen.

Berlin. Wir machen die Kollegen allerorts darauf aufmerksam, daß in Berlin zur Zeit keine Aussicht für Zureisende auf Arbeit vorhanden ist. Wir ersuchen dringend, da hier genügend Arbeitslose vorhanden, bei etwa auftauchenden Annoncen sich sofort an den **Arbeitsnachweis Berlin S.O. 26, Naunynstr. 84, 1 Tr.**, um Auskunft zu wenden, ganz gleich, welche Branche dabei in Frage kommt.

Cassel. Alle Kollegen, welche in Cassel in Arbeit treten wollen, werden ersucht, sich bei der Verwaltung über die hiesigen Verhältnisse zu erkundigen, gleichviel, welche Branche dabei in Frage kommt.

Eisenberg. Da hier zur Zeit für die Kollegen keine offenen Stellen vorhanden sind, ersuchen wir, Arbeitsangebote möglichst zu vermeiden. Unterstützung an Reisende wird nur mittags und abends in der Wohnung des Kassierers ausgezahlt.
Die Verwaltung.

Frankfurt a. O. Kollegen, welche hier in Arbeit treten wollen, werden ersucht, sich vorher beim Kollegen Hermann Paul, Schützenstraße 8, über die hiesigen Verhältnisse zu erkundigen.
Die Zahlstellenverwaltung.

Frankfurt a. M. Der **Arbeitsnachweis für Frankfurt, Offenbach und Jsenburg** befindet sich beim Kollegen Paul Stelzer, Offenbach, Frankfurterstr. 18. Die Kollegen mögen diesem im eigenen Interesse Beachtung schenken.

Fondsprüfer, sowie einige Unterglasmalerinnen und Garniererinnen gesucht. Sauer & Koloff, Neuhaldensleben.

Glasmaler auf Becherdekore-Ansichtartikel gesucht. Stellung dauernd und angenehm. Offerten unter S. D. an die „Ameise“ erbeten.

Maler u. Malerinnen finden sofort Beschäftigung bei Müller & Dippe, Porzellanfabrik Unterbödig.

Porzellanmaler auf Federzeichnung, sowie feine Staffage, Stempel usw. sucht dauernde und passende Stellung, Ausland nicht ausgeschlossen. Angebote sind zu richten an Reinhold Geller, Rößschütz, Post Drlamünde.

Preis der 2 getheilten Blattseite 30 Pfennig	Geschäfts-Anzeigen	Vorausbezahlung ist Bedingung
--	---------------------------	-------------------------------

Goldabfälle, Staubgold, Goldwatten usw. kauft zu höchsten Preisen
E. Hecht, Schöneberg bei Berlin, Haupt-Strasse Nr. 9.

Alle goldhaltigen Abfälle kauft

Martin Kaufmann



Zwickau S. Grimmschauerstrasse 13

Goldschmiedere, sowie goldhaltige Lappen, Pinsel, Paletten, Flaschen, Näpfe usw. werden ausgeschmolzen und das Gramm Fein-Gold mit 2 Mk. 60 Pfg. angekauft. Sendungen werden schnell erledigt. **H. Haupt, Dresden-N., Gneisenaustr. 6.**

Gold- und Silberseide-Anstalt von Max Haupt, Dresden N., Blasewitzerstraße 64-66.

Goldschmiedere

sowie goldhaltige Nische, Lappen, Stupfer, Pinsel, Paletten, Näpfe, Flaschen usw. werden ausgeschmolzen und das Gramm Feingold mit 2,78 Mark angekauft. — Schnelle reelle Bedienung.

Zu höchsten Preisen, bei schneller, reeller Bedienung, kauft ständig **Goldschmiedere, sowie alle goldhaltigen Sachen. Johann Steinel, Marktredwitz, Oberredwitz 22, in Bayern.**

Schwämme, Ia Zimocca, ungebeizt, daher größte Haltbarkeit, zu haben in allen Größen, Stück von 85 Pfg. an. Versende jeden Posten per Nachnahme überall hin (nicht gefallend nehme zurück). Kein Risiko. Wiederverkäufer gesucht.
Herm. Grohmann, Wittenberg a. G., Dessauerstr. 48.

Gold und sonstige goldhaltige Abfälle kauft stets zu höchsten Preisen. Bestenfalls reelle Bedienung. Bestenfalls reelle Bedienung. Bestenfalls reelle Bedienung.

Gmil Böhme, Eisenberg, S.-H. Neues Geschäft dieser Art.

Bitte genau auf meine Firma zu achten!

Osterwulst. 32

Alle Gold-, Platin- und Silber-Abfälle



Preislist.

Otto Seifert, Zwickau/S.

Reelle schnelle Bed.

Osterwulst. 32

Goldschmiedere, Goldflaschen und alle in der Vergolderet vorkommenden Abfälle kauft bei pünktlicher reeller Bedienung, **Oskar Rottmann, Stadtilm i. Thür.**

Herausgeg. v. Verbands d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen. Red. u. Verlag: Fritz Zietzsch, Charlottenburg, Röntgenstraße 14. Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Guerickestr. 21.